



Wo «Schweiz» draufsteht, soll auch «Schweiz» drin sein. Doch es regt sich Widerstand, staatlich erlaubte Konsumententäuschung droht.

Seiten 14 und 15

Mitgliederzeitung der SP Schweiz

109 • CH Mai 2010

AZB 3001 Bern

© Keystone/Keystone/Peter Klauener



SP, neu programmiert.

Endlich ist es da, das neue Parteiprogramm der SP! Ende Oktober wird der Parteitag in Lausanne darüber befinden. Bis dahin darf und soll das Papier ausgiebig diskutiert werden, «links» gibt den Anstoss dazu.

Seiten 2 bis 7

POSITIONEN



Die Arbeit wird strenger, der Pflegeberuf büsst weiter an Attraktivität ein: Es droht der **Pflegenotstand**.

Seite 13

POSITIONEN



Europaweit werben SozialdemokratInnen für eine globale **Besteuerung der Finanzbranche**.

Seite 15

CARTE BLANCHE



Ewiggestrige wollen den **Schwangerschaftsabbruch** aus der Grundversicherung streichen. Ein Blödsinn.

Seite 19

Freiheit und Gerechtigkeit

Vor gut einem Monat hat die SP den Entwurf ihres neuen Parteiprogramms vorgestellt. Er basiert auf den Grundwerten der SP: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Thomas Christen

Der Freiheitsbegriff hat dabei einen zentralen Stellenwert. Allerdings nicht im bürgerlichen Sinn, wo Freiheit nichts anderes bedeutet, als dass alle einfach ihrem Schicksal überlassen werden. Die sozialdemokratische Idee der Freiheit ist umfassender: Die SP wünscht sich eine Gesellschaft, die jeder und jedem ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. In welcher jede und jeder die Chance hat, etwas aus seinem Leben zu machen. Dieser emanzipatorische Ansatz bezieht dabei vor allem auch die Voraussetzungen mit ein, die erfüllt sein müssen, damit die einzelnen Menschen tatsächlich die Chance haben, ihr Leben selber bestimmen zu können.

Der Lebensweg soll frei sein

Sein Leben selber bestimmen heisst, dass man nicht an das Einkommen der Eltern gebunden ist, an die materiellen Verhältnisse, in die man hineingeboren wurde. Dass man nicht automatisch werden muss, was der Vater oder die Mutter schon waren. Dass nicht aufgrund des Geschlechts, der Hautfarbe, der Religion oder des Quartiers, aus welchem man kommt, das Leben vorbestimmt ist. Der Lebensweg soll frei sein.

An diesem Punkt setzt sozialdemokratische Politik an. Sie setzt sich konsequent für gleiche Ausgangslagen ein. Sie muss dafür sorgen, dass auch Menschen mit schlechter Ausgangsposition auf einen grünen Zweig kommen können und nicht ein Leben lang dort verharren müssen, wo sie der Zufall der Geburt in die Welt gesetzt oder wohin ein Schicksalsschlag sie zurückgeworfen hat.

TOP ODER FLOP?

Das nächste «links» widmet sich nochmals dem neuen Parteiprogramm. Wie findest du das neue Grundsatzpapier? Schreibe uns bis spätestens Ende Mai an parteiprogramm@spschweiz.ch oder SP Schweiz, Spitalgasse 34, 3001 Bern. Je pointierter deine Zuschrift, umso grösser die Chance, dass sie veröffentlicht wird. Den Entwurf findest du übrigens unter www.spschweiz.ch/parteiprogramm.



Die Grundwerte der französischen Revolution sind die Basis unseres Parteiprogramms.

Das vorsorgende Standbein des Sozialstaats

Um die Voraussetzungen für die Freiheit zu erreichen, braucht es einen starken Sozialstaat – zweifelsohne das Kernprojekt der Sozialdemokratie. Dabei muss der Sozialstaat auf zwei Pfeilern ruhen: Zum einen ist er ein Auffangnetz. Derjenige, der unverschuldet in Not gerät, erfährt die Solidarität der Gemeinschaft. Wer arm ist, wird deshalb nicht krank. Und wer krank ist, wird deshalb nicht arm.

Zum nachsorgenden Standbein, das Risiken absichert, muss aber auch ein vorsorgendes treten, das jeden dazu befähigt, seine Chancen ergreifen zu können. Der vorsorgende Sozial-

Eine Gesellschaft, die jeder und jedem ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

staat stellt den Menschen ins Zentrum. Er begnügt sich nicht damit, Arbeitslosengeld auszubehalten. Vielmehr trägt er mit einem breiten Aus- und Weiterbildungsangebot präventiv dazu bei, eine neue und gute Stelle zu finden oder den alten Job gar nicht erst zu verlieren. Der vorsorgende Sozialstaat befähigt seine Bürgerinnen und Bürger, ihre soziale Lage zu verbessern und den sozialen Aufstieg in Angriff zu nehmen. Die vorsorgende Sozialpolitik steht für Chancengleichheit. Der Staat entwickelt sich zu einem befähigenden und ermöglichenden Staat weiter, der dafür sorgt, dass alle ein selbstbestimmtes und von Bevormundung aller Art emanzipiertes Leben führen können.

Wichtiger Teil der vorsorgenden Sozialpolitik ist die Bildung. In der wissensbasierten Wirtschaft des 21. Jahrhunderts und in der un-

gläublichen Dynamik der globalisierten Welt ist gute Bildung zentral. Sie schafft die Möglichkeit einer echten Partizipation am kulturellen und politischen Leben. Damit ist Bildung auch Voraussetzung für die demokratische Mitbestimmung.

Demokratie auch in der Wirtschaft

Und diese demokratische Mitbestimmung wiederum ist eine weitere Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, für ein Leben in Freiheit. Diese Mitbestimmung, welche ein unverzichtbarer Bestandteil der Politik ist, muss auch die Wirtschaft durchdringen. Wir müssen in der Wirtschaft mehr Demokratie wagen. Und damit auch dazu beitragen, die Arbeitnehmenden aus einer rein fremdbestimmten Abhängigkeit zu lösen.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, diese Grundwerte, die auf die französische Revolution zurückgehen, sind die Basis des Parteiprogramms. Sie sind aber auch die Basis für unser politisches Handeln, die Eckwerte sozialdemokratischer Politik. Gleichzeitig dürfen aus ihnen aber nicht nur politische Vorhaben abgeleitet werden. Sie müssen im Leben der Menschen spürbar werden. Hoffnung und Aufstiegschancen müssen Abstiegsangst und Hoffnungslosigkeit ablösen. Das ist der Auftrag an die SP.

thomas.christen@spschweiz.ch
Generalsekretär der SP Schweiz



Begriffe prägen

Mir ist vor allem ein Aspekt wichtig: Dass die SP mit diesem Papier den Begriff Wirtschaftsdemokratie wieder in den aktuellen poli-



tischen Diskurs einbringt und damit ein Themenfeld besetzt, mit dem die SP in der Öffentlichkeit assoziiert werden

kann und wo wir mit innovativen Vorschlägen als der bedeutendste politische Wegweiser wahrgenommen werden. Nicht als Ersatz für die bewährten und bekannten Begriffe wie soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Chancengleichheit, sondern als aktuelle Ergänzung.

Begriffe prägen die Vorstellung und das Denken – und danach das Handeln, auch das unserer WählerInnen an der Abstimmungsurne. Jeder und jede kann mit emotional aufgeladenen Wörtern wie «Sozialschmarotzer», «Kuscheljustiz» oder «Scheininvaliden» ein persönliches Erlebnis oder eine gehörte Geschichte verbinden. Die politische Debatte wäre wahrscheinlich leiser, würden wir von Flüchtlingen anstatt von «Scheinasylanten» sprechen.

FDP, SVP und die Vertreter der Finanzbranche reden konsequent vom Bankkundengeheimnis, wir hingegen vom Bankgeheimnis. Wohl selten wurde um einen Genitiv so sehr gerungen wie um die

Frage «wessen Geheimnis – des Bankkunden oder der Bank?».

Die SP hat jetzt die Chance, den Begriff Wirtschaftsdemokratie positiv zu prägen und eine überzeugende Definition zu liefern. Wenn wir diesen Begriff formen und mit Assoziationen, Inhalten und Visionen ausstatten, können wir die politische Diskussion über die Zukunft der Wirtschaftspolitik bestimmen.

Ich wünsche mir, dass es uns gelingt, Wirtschaftsdemokratie mit Emotionen und einer einleuchtenden Botschaft zu füllen. Vielleicht schaffen wir es dann, bei der nächsten Revision die Forderung nach der Überwindung des Kapitalismus zu streichen. Nicht, weil diese Klausel uns beschämt, sondern weil sie überflüssig sein wird und wir tatsächlich in einer Wirtschaftsdemokratie leben werden.

Rahel Schmid, Basel

Keine Begeisterung

Das neue Parteiprogramm ist in aller Munde. Grund, einen Blick auf dieses offenbar so rückständige Papier zu werfen. Trotz kritischer Haltung gegenüber dem «SP-ist-doof-Journalismus» konnte ich mich weder beim ersten Überfliegen noch nach vertiefter Lektüre begeistern.

Erstens: Wir haben in unserer Partei viele frische Kräfte, die gewiss auch fähig gewesen wären, die Haltungen, die Linie, die Visionen und die Absichten der SP

in schriftliche Form zu bringen. Zweitens: Die Sprache. 52 Seiten lang hochstehender Text mit interessanten Formulierungen, scharfen Analysen, wohlklingend ausgedrückten Visionen. Hätte ich mich nicht gezwungen, um hier meine Meinung begründen zu können, ich hätte mich da nicht freiwillig durchgekämpft.



Drittens: Die Gliederung. Ich weiss, es ist ein Entwurf. Trotzdem: Das Auge liest mit. Zig Seiten Text, ohne Bild, ohne ansprechende formale Gestaltung, ohne knackige Gliederung. Als Parteimitglied oder Interessentin möchte ich in wenigen Sekunden erfassen, wo ich was finde. Aber die Linken und Netten können wohl nicht «Asyl- und Ausländerpolitik» schreiben. Bei uns heisst das «für eine aktive Integrations- und Nicht-Diskriminierungspolitik».

Priska Grütter, Roggwil

Kapitalismus ist auch eine Ideologie

Das Parteiprogramm wagt mitten in der Krise der europäischen Sozialdemokratie genau das Richtige: Es stellt nämlich die Frage, welche ganz grundlegenden Werte unsere Partei ausmachen: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Leider ist unsere Welt noch weit davon entfernt, dass diese Werte für alle Wirklichkeit würden. Im

Gegenteil – mehrere Jahrzehnte Neoliberalismus haben dazu geführt, dass über eine Milliarde Menschen weltweit an Hunger leiden und auch in der Schweiz wieder 700 000 Menschen unter dem Existenzminimum leben. Auf der anderen Seite nehmen wenige immer mehr. Die 300 Reichsten in der Schweiz besitzen zusammen 450 Milliarden – gleich viel wie 95 % der Bevölkerung zusammen. Die Frage, wer über die Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum



entscheidet, ist hochaktuell. Darum ist es auch richtig, dass der Entwurf vorschlägt, die Demokratisierung der Wirtschaft

wieder als zentrales Projekt ins Auge zu fassen. Genau in diesem Punkt liegt aber auch die Schwäche des Programmentwurfs: Der Kapitalismus ist nicht nur ein ökonomisches System, er ist auch eine Ideologie. Eine Denkweise, die sich an Begriffen wie «Effizienz», «Markt» oder «Konkurrenz» orientiert und immer mehr Bereiche unserer Gesellschaft in Beschlag nimmt. Dagegen müssen wir uns wehren. Diesen Link zwischen Utopie und Tagespolitik bleibt das Programm noch schuldig. Auch gibt es Punkte, die verbesserungswürdig sind. So gehört in ein SP-Programm nicht die Verkleinerung der Armee, sondern ihre Abschaffung.

Cédric Wermuth, Baden

SPIEGEL DER ARBEITERBEWEGUNG

Die sechs historischen Programme der Partei widerspiegeln die verschiedenen Epochen der Arbeiterbewegung und damit ein Stück Schweizer Geschichte.

1888: Die Wirtschaft in Volkes Hand

Das erste Programm, vom ehemaligen Freisinnigen Albert Steck entworfen, hat als Leitgedanke die Organisation der Wirtschaft durch das Volk. Mittel: Reformen und Verstaatlichung.

1904: Klassenkampf

Vor dem Hintergrund harter Arbeitskämpfe und Streiks gibt sich die SP ein marxistisch geprägtes Parteiprogramm. Es postuliert den Klassen-

kampf und die Überführung der Produktionsmittel in den Gesellschaftsbesitz.

1920: Militär- und Imperialismuskritik

Unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges, der russischen Revolution und des Generalstreiks werden Militär- und Imperialismuskritik sowie die Diktatur des Proletariats ins Parteiprogramm aufgenommen.

1935: Bekenntnis zur Landesverteidigung

Faschismus und Nationalsozialismus steigen auf. Die SP verzichtet auf die Diktatur des Proletariats, bekennt sich zur Landesverteidigung und sichert sich so langfristig die Regierungs-

beteiligung. 1943 wird Ernst Nobs erster SP-Bundesrat.

1959: Vollbeschäftigung

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der Hochkonjunktur setzt das Parteiprogramm auf Reformen. Ziele sind Vollbeschäftigung, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit.

1982: Überwindung des Kapitalismus

Die Integration der neuen sozialen Bewegungen und die Rezession von 1974 führen zu einer Programmrevision. Die Überwindung des Kapitalismus wird als Ziel formuliert und programmatisch verankert.

«Unsere Fixsterne zum Glänzen

Lange hat es gedauert, nun ist es endlich da: Das neue Parteiprogramm. «links» hat mit Nationalrat Hans-Jürg Fehr über sein «Kind» gesprochen.

Interview: Stefan Krattiger

Endlich ist es geboren, das neue Parteiprogramm. Bist du erleichtert?

Sehr, ja. Das Schreiben an sich war lediglich der Schlusspurt. Es gab eine lange Vorbereitungszeit, über mehrere Jahre hinweg. Zahlreiche Genossinnen und Genossen waren daran beteiligt und haben sich engagiert. Deshalb ist es auch nicht ausschliesslich mein Werk. Ich habe bloss den «Finish» allein gemacht, bevor dann die Geschäftsleitung noch Hand anlegte.

Trotzdem, ein grosser Brocken.

Ja, klar, das war eine gehörige Portion Arbeit. Es ist schön, jetzt mal zu einem vorläufigen Ende gekommen zu sein. Es war mein Ehrgeiz, der Partei etwas zu übergeben, das zwar noch nicht fixfertig ist, jedoch Hand und Fuss hat und einen brauchbaren Input für die innerparteiliche Diskussion darstellt. Jetzt muss man etwas daraus machen!

Du sollst ja während dem Schreiben vier Kilo abgenommen haben...

(lacht) Sagen wir es so: Es war eine anspruchsvolle Aufgabe. Vor allem auch deshalb, weil ich einen gewissen sprachlichen Ehrgeiz hatte. Ich wollte, dass es gut lesbar und verständlich ist, aber zugleich eine gewisse sprachliche Eleganz und Einheitlichkeit aufweist. Es sollte keine Ansammlung von Fremdwörtern werden. So, dass es alle verstehen.

Eine undankbare Aufgabe?

Nein, überhaupt nicht, ich empfand es wirklich als Ehre! Es hatte natürlich eine gewisse Folgerichtigkeit, dass die neue Parteileitung mir diese Aufgabe anvertraut hat, weil ich diesen Prozess ja angestossen habe, aber als Selbstverständlichkeit habe ich es nie betrachtet.

Eine einsame Aufgabe?

Nein, das würde ich so nicht sagen. Die Gruppe war breit abgestützt, auch wenn es immer wieder Wechsel gegeben hat in der Projektleitung. Dass keine konstante Vertretung aus der Romandie gewonnen werden konnte, ist bedauerlich, das muss man sicher als Mangel feststellen. Eine wichtige Rolle spielte Willy Spieler, der mit seiner Arbeitsgruppe für den «visionären Teil» verantwortlich zeichnete und

schliesslich als sechster, einflussreicher Kopf zur Kerngruppe gestossen ist. Das war sehr bereichernd.

Das letzte Parteiprogramm ist mit 1982 datiert. Es gibt auch Genossinnen und Genossen, die in diesen drei Jahrzehnten nichts vermisst haben. Welche Bedeutung hat das Programm für die Partei?

In erster Linie richtet sich das Parteiprogramm an die Mitglieder, sekundär an alle anderen Interessierten, seien das Sympathisierende oder Schülerinnen und Schüler, die sich mit der SP beschäftigen müssen. Für die Partei ist es ein Prozess der Neuorientierung, der Selbstvergewisserung und der Identitätsstiftung. Das macht man nicht jedes Jahr, sondern eben einmal pro Generation. Entsprechend ist auch der Anspruch des Programms.

Und der wäre?

Es ist unsere Verfassung. Das neue Programm fegt keineswegs alle anderen programmatischen Grundlagen der Partei beiseite. Positionspapiere oder Wahlplattformen sind genauso wichtig wie vorher. Im Parteiprogramm schreiben wir nach Überprüfung der letzten Jahrzehnte das Fundamentale nieder. Wir tun dies vor dem Hintergrund der Zeit, in der wir

«Ein Prozess der Neuorientierung, der Selbstvergewisserung und der Identitätsstiftung.»

leben. Das ist eine völlig andere Realität als damals, 1982. Wir nehmen die Zukunft in den Blick, die sich uns heute ankündigt, nicht die, welche man vor dreissig Jahren gesehen hat. Es ist ein Bedürfnis unserer Mitglieder, sich im Generationenabstand zusammensetzen und zu fragen, was für uns noch gilt und welches unsere wichtigsten Ziele, welches unsere Visionen sind.

Sozialdemokratische Werte werden auf unsere Zeit adaptiert?

Genau, das ist zentral. Ich halte unsere Werte zwar für diskutabel, aber letztlich sind es unsere Fixsterne und sie gelten in der Sozialdemokratie weltweit, seit jeher.

Sie sind diskutabel, aber nicht verhandelbar?

Das Wesen der Sozialdemokratie wird in ihren grundlegenden Werten sichtbar. Dass man daran in jedem neuen Programm auch wieder erinnert, dass man sie neu beschreibt, dass man



sie neu herleitet, dass man neu für sie argumentiert, das ist notwendig. Aber als Fixsterne sind sie gesetzt.

Es wird entstaubt?

Ja, wichtig ist, dass man sie wieder zum Glänzen bringt und sichtbar macht. Vieles ist selbstverständlich geworden. Weshalb ist Gerechtigkeit immer noch zentral? Manche behaupten, wir hätten ja alles erreicht. Wir müssen deutlich machen, dass die soziale Frage nach wie vor eine tragfähige Basis darstellt, auf der unser politisches Handeln fussen kann.

Zum Inhaltlichen: Das Programm setzt auf Freiheit und Grundrechte, ganz in der Tradition der Französischen Revolution. Wird die SP zur liberalen Partei?

Nein, im Zentrum stehen nach wie vor Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität. Aber es ist tatsächlich so, dass wir die Freiheit auch als sozialdemokratischen Grundwert betonen und ihn vom bürgerlichen Freiheitsbegriff abgrenzen. Für uns ist eine Gesellschaft nur dann wirklich freiheitlich, wenn sie allen alle Freiheiten zugesteht und nicht gewisse Freiheiten denen vorbehält, die Eigentum besitzen.

Der SP haftet mitunter das Image einer Verbotspartei an. Beispiel Killergames...

bringen»



© Keystone/Keystone/Peter Klauzner

Wir überwinden im Entwurf diese aus dem alten Programm stammende Floskel, weil wir lieber von dem sprechen, was wir anstreben, als von dem, was wir hinter uns lassen wollen.

Du meinst die Demokratisierung der Wirtschaft?

Ja. Es ist von unseren Grundwerten her nicht einzusehen, warum nur die politische Macht demokratisch organisiert sein soll, nicht aber die wirtschaftliche. Schon gar nicht ist das einzusehen in einer Zeit, in der die autoritäre Wirtschaftsmacht oft grösser ist als die demokratische Staatsmacht und diese je länger je mehr in den Griff nimmt. Wirtschaftsdemokratie ist kein alter Zopf, sondern eine zukunftsgerichtete Strategie für eine andere Wirtschaftsordnung. Wir setzen sie als Ziel und beschreiben sieben Wege, auf denen wir uns ihm nähern können. Wir fordern die Partei auf, die Demokratisierung der Wirtschaft zum politischen Projekt zu machen.

Die Meinungen in den Medien und parteiintern gehen auseinander: Die einen wollen ein tiefrotes «DDR-Programm» erkennen, andere kritisieren ein Abdriften zur Mitte hin, Richtung «Dritter Weg». Welcher Vorwurf trifft dich persönlich schwerer?

Ganz klar derjenige des «DDR-Programms». Einfach deshalb, weil es Blödsinn ist! Es bedarf

«Warum soll die politische Macht demokratisch organisiert sein, nicht aber die wirtschaftliche?»

schon einiger Boshaftigkeit oder Unwissenheit, um uns das ernsthaft zu unterstellen. Die DDR war ein totalitäres System, dem steht unsere Vision der Demokratisierung des Demokratisierbaren diametral gegenüber.

Die SP ist eine freiheitliche Partei. Aber Freiheit schliesst Verbote nicht aus, sie steht nicht über den anderen Grundrechten und muss sich ebenfalls Grenzen gefallen lassen. Die klassische Freiheitsgrenze für den Einzelnen ist die Freiheit des anderen. Zudem kann man auch den Freiheitsbegriff pervertieren: Was ist denn das für eine Freiheit, virtuell Menschen umbringen zu dürfen?

Die Überwindung des Kapitalismus bleibt als Ziel erhalten. Das gefällt nicht allen, viele halten das für einen alten Zopf...

ANTRÄGE ZUM PARTEIPROGRAMM

Bei der vorgestellten Version handelt es sich um den Vorschlag der Geschäftsleitung. Die endgültige Version soll am 31. Oktober am Parteitag in Lausanne verabschiedet werden. **Sektionen, Kantonalparteien und antragsberechtigte Organe** haben bis am **31. Juli** Gelegenheit, Anträge zum Parteiprogramm einzureichen. Am 20. August wird die Geschäftsleitung diese diskutieren

und entsprechend Stellung nehmen, bevor am 10. September die zweite Lesung stattfindet. Nach dem ordentlichen Versand an die **Parteitagsdelegierten** (Mitte September) haben diese ihrerseits Gelegenheit, bis am **11. Oktober** weitere Anträge zur neuen Fassung einzureichen. Sämtliche Anträge schickt ihr bitte an programm-antraege@spschweiz.ch.

Presseschau

Das neue SP-Parteiprogramm bewegt auch die Presse:



Das Pendler-Blatt «20 Minuten» lässt kurzerhand Thomas Pletscher, den der SP wenig geneigten «Leiter Wettbewerb und Regulatorisches» bei Economiesuisse zu Wort kommen. Dieser kann den Vorschlägen – Überraschung! – «nicht viel Positives abgewinnen».

WOZ DIE WOCHENZEITUNG

Die linke «WoZ» stellt beruhigt fest: «Die SP will nicht nach rechts. Sie will sich klar links positionieren.»

Tages-Anzeiger

Hart ins Gericht mit dem neuen Parteiprogramm geht Polit-Geograf Michael Hermann im «Tages-Anzeiger», titulierte es als «abstraktes, blutleeres Bekenntnis zu alten Grundsätzen».

Blick

Besagter teilt sogar multimedial aus: Im «Blick» taxiert er den Entwurf als «nicht einmal besonders links.» Es sei die idealistische Gutmenschen-Perspektive, die hier zum Ausdruck komme, «abgehoben und verkopft».

Neue Zürcher Zeitung

«1994 und 2006 nickten die Genossinnen und Genossen die Zwangsehe mit dem Kapitalismus ab», weiss das freisinnige Hausblatt «NZZ» zu berichten. Jetzt stünden die Ampeln auf Scheidungskampf.

Sonntag SZ

Einen Richtungswechsel will der «Sonntag» ausgemacht haben: «Die SP will zur Partei der Freiheit werden.» Und: «Nun reisst die Partei das Steuer drastisch herum. Nicht mehr Verbote sollen das Markenzeichen sein, sondern Freiheit für den einzelnen Bürger.»

DAS MAGAZIN

Eine Lanze für das Programm bricht Martin Binswanger im «Magazin»: «Die Schweizer Publizistik war um hämische Bezeichnungen zur Disqualifizierung nicht verlegen.» Die Presse habe das Klischee von den altbackenen SP-Nostalgikern bemüht, ohne auch nur den Text zu lesen.

BERNER ZEITUNG BZ

Die «Berner Zeitung» anerkennt zwar, dass die «SP mehr will, als reparieren», überlässt dann aber die Bühne parteiinterner Kritik: Das neue Programm bleibe bei schablonenhaften Vorstellungen früherer Ausgaben und komme auf Gemeinplätze zurück.

Wir sind die Pioniere

Edo Caretta
Betriebsbuchhaltung



nest

die ökologisch-ethische Pensionskasse

«Für unsere Geldanlagen haben wir uns klare Regeln gegeben.
Bei Waffenhandel, Kinderarbeit, Atomenergie...
da lassen unsere Anlagespezialisten die Finger davon.»

Darin sind wir Pioniere – **seit 25 Jahren.** www.nest-info.ch

FLYER
PROSPEKTE
WERBEKARTEN
SEKTIONS-INFOS
BRIEFBOGEN
VISITENKARTEN
USW.

Alle Drucksachen sind personalisiert,
sowie in Kleinauflagen ab 1 Exemplar
möglich.

Telefonieren oder mailen sie uns.

Wir freuen uns über jede Anfrage und
auf jeden Auftrag.

**Für sämtliche Drucksachen übernehmen
wir gerne auch die Gestaltung zu günstigen
Preisen.**

Ihre Druckerei

4 Mitbesitzer = 4 Mitarbeiter = 4 SP-Mitglieder

Kyburz Druck GmbH

Oberhubelstrasse 56 :: 5742 Kölliken :: Telefon 062 724 02 40,
Fax 062 724 02 4 :: www.kyburz-druck.ch :: u.kyburz@kyburz-druck.ch



STOPPT DEN UNFAIREN HANDEL: RECHTAUFNAHRUNG.CH

Auf dem Weltmarkt werden Nahrungsmittel wie Spielchips herumgeschoben.
Profitgierige Spekulanten verschärfen mit ihren Geschäften das Hungerpro-
blem. Helfen Sie, den unfairen Handel zu stoppen. www.rechtaufnahrung.ch



**BROT FÜR ALLE
FASTENOPFER**
In Zusammenarbeit mit Partner sein

Orientierung gibt es nur mit Kompass

Im Zeitalter der Beliebigkeit und der inhaltlichen Flexibilität wirkt die Erarbeitung eines Parteiprogramms mit einer Perspektive von 20 Jahren auf den ersten Blick anachronistisch. Evi Allemann

Warum sich festlegen? Erfolgreich sind derzeit gerade jene Parteien, die ihre Haltungen nach dem Wind richten, sich den aktuellen Meinungsumfragen anpassen oder Sündenböcke verhöhnern. Warum sich also nicht nur mediengerecht aufs kurzfristig Aktuelle konzentrieren? Weil langfristig nur erfolgreich gesellschaftliche Veränderungen vorantreiben kann, wer einen gestellten Kompass hat.

Die konkrete Alltagsarbeit, das Finden von Kompromissen und wechselnden Mehrheiten für wichtige Projekte, ist für Wahlerfolge entscheidender als ein Parteiprogramm. Doch damit die Partei langfristig erfolgreich sein kann, muss sie ihre tägliche Arbeit an einem Kompass ausrichten können, an einem Dokument, in dem ihre Grundwerte und langfristigen Ziele festgelegt sind. Deshalb ist es richtig, dass die SP ein neues Parteiprogramm diskutiert – gleichgültig, was man vom aktuellen Entwurf hält. Bei der FDP sieht man bestens, wohin es führt, wenn eine Partei richtungslos geworden ist. Und bei der CVP, die noch nie eine Programmpartei war, ist das ständige Wechseln von Positionen geradezu der Normalzustand.

Als Jugendliche habe ich mich bewusst für die SP entschieden, gerade weil sie eine Programmpartei ist. Dabei müssen mir nicht alle Punkte behagen, aber die Stossrichtung, die muss stimmen. Nur dank jahrzehntelanger Beharrlichkeit ist es der SP gelungen, die AHV oder die Mutterschaftsversicherung durchzusetzen. Dafür hat sie schon vor rund hundert Jahren gekämpft – erreicht wurde beides Jahrzehnte später. Und so dürfte es auch mit dem ökologischen Umbau unserer Gesellschaft und der Demokratisierung der Wirtschaft sein.

Wenn eine Partei konfliktreichen Grundsatzdebatten ausweicht oder Themen ausklammert, die ihr unangenehm sind, kann das kurzfristig nützlich sein – langfristig wirkt es sich jedoch verheerend aus. Heute bezahlt die SP den Preis dafür, dass in den 90er-Jahren unangenehme Themen wie die Sicherheit, der Umgang mit Ausländerinnen und Ausländern oder die langfristige Finanzierung der Sozialwerke verdrängt wurden.



© Ex-Press

Die Schweizer Politik würde gewinnen, wenn auch andere Parteien sich ein langfristiges Programm gäben. Das würde den Ideenwettbewerb beflügeln und die Zuverlässigkeit

Die Schweizer Politik würde gewinnen, wenn auch andere Parteien sich ein Programm gäben.

der politischen Verhandlungen stärken. Es wäre gut, wenn wir uns nicht nur im Kleinklein verstrickten, sondern darüber hinaus auch fähig wären, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.

Dieser Artikel ist erstmals in der «Berner Zeitung» vom 19. April erschienen.



evi.allemann@parl.ch
Nationalrätin aus dem Kanton Bern

STANDPUNKT



Thomas Christen
Generalsekretär

Entlarvend

Das Papier ist entlarvend. Es sei falsch, das Too-big-to-fail- und das Boni-Problem an den Staatsvertrag zu knüpfen, warnt Economiesuisse in einem öffentlich gewordenen Positionspapier. Allerdings ist es offenbar nicht die Verknüpfung an sich, die Economiesuisse zu schaffen macht. Stören tut vor allem der Inhalt. Bei der Too-big-to-fail-Problematik kann sich Economiesuisse in ihrem Papier gerade mal dazu erwärmen, eine «möglichst rasche und sorgfältige Erstellung» des Expertenberichts zu fordern. Bei der Boni-Regelung ist sie bereits klarer: Diese sei «steuersystematisch problematisch, ineffektiv und birgt die Gefahr von falschen Anreizen».

Kurz: Economiesuisse möchte also heute möglichst ungestört und isoliert den UBS-Staatsvertrag verabschieden lassen, damit sie morgen ohne jede Folgen stärkere Regeln im Finanzsektor bekämpfen kann. Genau diese Haltung macht klar, dass es verantwortungslos wäre, die vierte Rettung der UBS einfach abzunicken, ohne gleichzeitig eine Lösung für die mit dem UBS-Debakel aufs engste verbundene Too-big-to-fail-Problematik und die Boni-Exzesse zu finden. Weil die Gefahr sonst gross ist, nie eine solche Lösung zu finden.

Economiesuisse und die Banken haben aus der Krise nichts gelernt. Allein in der Schweiz zahlte die Bevölkerung Milliarden an Steuergeldern und die Kosten für die Finanzkrise belaufen sich weltweit auf 3000 Billionen (eine 3 mit 15 Nullen!). Und trotzdem stürzen sich die Banken heute bereits wieder primär in das Investmentbanking, werfen mit noch viel höheren Boni um sich als je zuvor und treten schon wieder mit der alten Arroganz auf – wie vor kurzem die Erpressung von CS-Chef Dörig gezeigt hat: Entweder die Politik redet bei uns nicht drein oder wir ziehen Arbeitsplätze aus der Schweiz ab.

Immer wieder musste die Politik im Nachhinein die Fehler der UBS ausbügeln. Und immer wieder wurde der fatale Fehler gemacht, ohne irgendwelche Auflagen Hilfe zu leisten. Dieser Fehler darf nicht noch einmal passieren. Denn eines ist klar: Um die Banken zur Vernunft zu bringen, genügen weder moralische Appelle noch rhetorische Entrüstung. Die Politik hat jetzt eine der letzten Chancen, das Zepter wieder in die Hand zu nehmen. Alles andere wäre verantwortungslos.

Entdecken Sie die schönsten Spaziergänge der Schweiz!



Bestellen Sie den neuen Spaziergangsführer im Pocketformat. 33 aussergewöhnliche Streifzüge in den schönsten Regionen der Schweiz führen Sie durch Auen, in Schluchten oder über Holzstege.

Jetzt für nur CHF 16.–
online bestellen:
www.heimatschutz.ch

Schweizer Heimatschutz
Postfach 1122, 8032 Zürich, Tel. 044 254 57 00
www.heimatschutz.ch



SCHWEIZER HEIMATSCHUTZ
PATRIMOINE SUISSE
HEIMATSCHUTZ SVIZZERA
PROTECCIUN DA LA PATRIA



UNIA
Ferien
Vacances
Vacanze

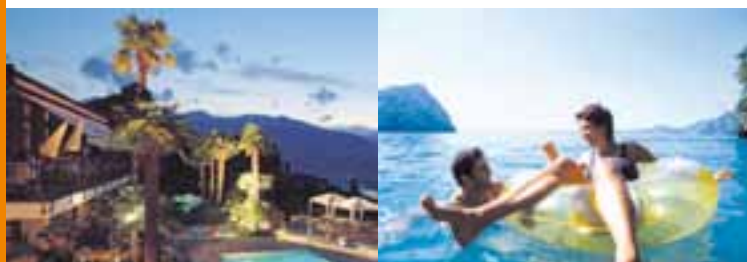
Ferien – dort, wo die Schweiz am schönsten ist.

- unter Tessiner Palmen
- im Berner Oberland
- im Lavaux Weinbaugebiet (UNESCO-Weltkulturerbe)
- am Vierwaldstättersee

www.ferien.unia.ch



Erkunden Sie das umfassende Angebot an Unia-Hotels und Unia-Ferienwohnungen in der Schweiz.



Als Mitglied einer Gewerkschaft, die dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB angeschlossen ist, kommen Sie in den Genuss einer **Reduktion von 20%** auf den Katalog-Preis.



PFLEGEPERSONAL

Notstand droht

Kürzlich veröffentlichte Economie-suisse die Studie «Nutzenorientierter Wettbewerb im Gesundheitswesen». Für einmal ging es nicht um den Kostenvettbewerb, sondern um den Patientennutzen. Bea Heim

Entscheidend sei, sagte Elizabeth Teisberg, die Autorin der Studie, wie die Qualität der Gesundheitsversorgung erhalten und verbessert werden könne. Je mehr sich die Gesundheitspolitik auf die Kostendämmung ausrichte, umso schneller drehe sich die Kostenspirale nach oben. Die SP kämpft seit Jahren für eine patientenorientierte Gesundheitsversorgung, denn Qualität spart Kosten. Dass der Bund endlich eine nationale Qualitätsstrategie erarbeitet und ein Präventionsgesetz bringt, ist allein der SP zu verdanken.

Anlässlich des Symposiums für Qualitätsmanagement interessierten weniger die Thesen Teisbergs als vielmehr die absolute Dringlichkeit der klinischen Qualitätsforschung. Für Aufsehen sorgte die wissenschaftliche Studie zur Spitalfinanzierung mit DRGs. Diese Fallkostenpauschalen führen zu verfrühten Entlassungen, erhöhter Sterblichkeit kurz nach dem Spitalaufenthalt, vermehrten Rückfällen und vorzeitiger Verlegung ins Pflegeheim.

Warum aber war die Pflege kein Thema an diesem Symposium? Die Verkürzung der Spitalaufenthaltsdauer verlangt mehr und noch intensivere Pflege. Die Arbeit wird stren-

ger, hektischer. Schon heute wirft die neue Spitalfinanzierung ihre Schatten voraus: Verschiedene Kantone bauen Personal ab, ersetzen gut qualifiziertes durch billigeres Personal. Der Pflegeberuf büsst weiter an Attraktivität ein, der Personalmangel verschärft sich. Bis 2020 braucht es mindestens 25 000 zusätzliche Pfleger, sonst droht ein Pflegenotstand. Zurzeit werden in der Schweiz jährlich 4600 Personen zu wenig ausgebildet.

Wer für alle eine gute Gesundheitsversorgung will, muss eine gute pflegerische Versor-

In der Schweiz werden jährlich 4600 Personen zu wenig ausgebildet.

gungsqualität unterstützen und, angesichts des sich abzeichnenden Mangels, jetzt in die Pflegeversorgung investieren. Es braucht dringend zusätzliche Ausbildungsplätze, Schulungs- und Weiterbildungsangebote in Spitälern, Spitex und Heimen, die Verdienstsicherung während der Umschulung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Massnahmen, die dazu dienen, dass einmal ausgebildetes Personal länger im Beruf bleibt. Bund und Kantone stehen gemeinsam in der Verantwortung.

bea.heim@parl.ch

Nationalrätin aus dem Kanton Solothurn



«MenschenStrom gegen Atom»

AARAU/DÄNIKEN Unter diesem Motto findet am Pfingstmontag, 24. Mai eine Grossaktion gegen den Bau neuer AKWs statt. Los geht's am Vormittag entweder in Aarau (für «Sportliche») oder Däniken (für «Gemächliche»). Der Event soll Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus der ganzen Schweiz sowie aus Deutschland, Österreich und Frankreich zusammenführen. Infos gibt's unter www.menschenstrom.ch.

Zahnlose «Lex UBS»

BERN Immerhin: Der Bundesrat will den Staatsvertrag mit den USA nicht ohne flankierende Massnahmen verabschieden. Er ist sich offensichtlich der «too big to fail»-Problematik bewusst, will sie aber auf die lange Bank schieben. Unsere Forderungen sind moderat: Schärfere gesetzliche Bestimmungen und eine Steuer von 8,5 Prozent auf Boni und Löhne über eine Million Franken. Ausserdem: Allfällige Verluste aus den bei der Nationalbank deponierten Gift-Papieren müssen von der UBS getragen werden. Ohne verbindliche Zusage wird die SP dem Staatsvertrag nicht zustimmen.

Cleantech-ReferentInnen

BERN Die Unterschriftensammlung für die Cleantech-Initiative ist gut angelaufen, nun heisst es «dranbleiben»! Gemeinsam bauen wir die Schweiz der Zukunft: Mit Investitionen in erneuerbare Energien schaffen wir in der Schweiz eine neue, nachhaltige Wirtschaftsbranche und 100 000 Arbeitsplätze. Falls du mit deiner Sektion eine Veranstaltung zur Cleantech-Initiative planst, steht dir ein Referent oder eine Referentin der SP gerne zur Seite. Die Liste sowie alle weiteren Infos findest du unter www.cleantech-initiative.ch.

Tippen und Gutes tun

ZÜRICH Du bist auf der Suche nach einem WM-Tippspiel für dich und deine Freunde? Kein Problem: Unter www.anstoss-suedafrika.ch kannst du gratis dein persönliches Tippspiel starten und dabei sogar noch Gutes tun! Freiwillig kannst du für jedes Tor, das deine Lieblingsmannschaft schießt, einen bestimmten Betrag an SAH-Projekte in Südafrika überweisen. So wird das Fussball-Fest für alle zum Gewinn.

4000 Franken für alle

BERN Letztes Jahr hat der Parteitag beschlossen, gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Mindestlohn-Initiative zu lancieren. Jetzt hat der Vorstand des Gewerkschaftsbundes einen konkreten Entwurf verabschiedet, den die SP unterstützt. Er sieht einen Mindestbruttolohn vor, der 60 Prozent des Medianlohns beträgt. 4000 Franken sollen Arbeitnehmende mit einem Vollzeitpensum demnach mindestens verdienen.

KNALLROT

Barbara Berger
ist Zentralsekretärin der
SP-Frauen Schweiz.
barbara.berger@spschweiz.ch



Gleichstellungsoffensive statt Burkaverbot

Die öffentliche Diskussion kreist um eine weitere Scheidebatte: Nach den Minaretten soll nun die Verschleierung verboten werden. Betroffen davon wären etwa 100 Frauen: Touristinnen der arabischen Halbinsel und schweizerische Konvertitinnen. Wir sprechen also nicht von einem Migrations-, sondern von einem Gleichstellungsproblem. Wenn die Gleichstellung von Frau und Mann ein gelebter Grundwert in der Schweiz wäre, würde keine hier aufgewachsene Frau eine Ganzkörperverhüllung tragen und sich in ihren Rechten einschränken lassen. Und keine selbsternannten Winkelriede der Frauenrechte müssten sich in der Arena aufspielen, obwohl sie seit Jahren sämtliche Gleichstellungsanliegen boykottieren.

Die Schweiz kennt in Artikel 8 der Bundesverfassung das Diskriminierungsverbot und das Gleichstellungsgebot. Die SP-Frauen setzen sich für gesellschaftliche Rahmenbedingungen ein, die dazu führen, dass alle, Zugewanderte wie Einheimische, das Gebot der Gleichstellung im Alltag auch leben können. Dazu gehören Lohngleichheit, Recht auf gleichwertige Bildung, familienergänzende Kinderbetreuung sowie Arbeitszeitmodelle, die Vätern und Müttern die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit erleichtern. Diese Bestrebungen bekämpft die SVP seit Jahren konsequent. Dabei gilt das Gleichstellungsgebot in der Verfassung nicht nur für MigrantInnen, sondern auch für die reaktionären Kräfte in der Schweiz!

Die demokratische Basis und die Verfassung der Schweiz sind zu respektieren, egal welcher Kultur eine Person entstammt. Das gilt sowohl für Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund. Doch zur Durchsetzung und Vermittlung eines demokratischen Verständnisses und der Gleichstellung der Geschlechter ist das Verbot der Burka nutzlos!

Deshalb braucht es eine breite Gleichstellungsoffensive in der Schweiz, in der der Staat endlich proaktiv seine Verantwortung wahrnimmt, die Gleichstellung von Frau und Mann nicht nur passiv zu garantieren, sondern sie aktiv herzustellen. Auch muss er garantieren, dass keine Frau in der Schweiz gezwungen wird, ihr Gesicht zu verhüllen.

SWISS MADE

Wie viel «Schweiz» ist

Die Marke Schweiz ist wertvoll. Deshalb wollte ich sie vor Aushöhlung schützen. Vier Jahre nach meinem Vorstoss zur «Verstärkung der Marke Made in Switzerland» kommt nun die Vorlage ins Parlament – und stösst auf heftigen Widerstand. Trittbrettfahrer wollen nicht, dass «Schweiz» drin ist, wo «Schweiz» draufsteht. Anita Fetz

Swissness ist «in». Das Image, das bei «Made in Switzerland» mitschwingt, ist viel Geld wert. KonsumentInnen sind bereit, für solche Produkte 20 bis 50 Prozent mehr zu bezahlen. Das sind Milliarden und viele Jobs in der Schweiz.

Gerade in Zeiten der Globalisierung geht es um handfeste und berechtigte Interessen des Produktionsstandortes Schweiz. Damit der Werkplatz auch morgen noch auf die Marke Schweiz zählen kann, muss sie vor Trittbrettfahrern geschützt werden. Gleichzeitig geht es um die Interessen der KonsumentInnen: Wo «Schweiz» draufsteht, soll auch «Schweiz» drin sein. Dies war der Beweggrund, meinen Vorstoss einzureichen.

Jetzt kommt diese Swissness-Vorlage ins Parlament. Einigkeit herrscht darüber, dass Schweizer Produkte künftig ein Schweizerkreuz tragen dürfen (heute ist das verboten). Und Einigkeit herrscht darin, dass die Marke Schweiz gestärkt werden soll, denn sie steht für Qualität.

Der Entwurf unterscheidet drei Arten von Produkten: «Naturprodukte» (unverarbeitete landwirtschaftliche Produkte oder Rohstoffe), «verarbeitete Naturprodukte» und «industrielle Produkte». Für diese drei Produktarten gibt es unterschiedliche Anforderungen, damit sie als «Swiss Made» gelten.

Bei den Industrieprodukten soll neu auch der schweizerische Aufwand für Forschung und Entwicklung berücksichtigt werden. Im Gegenzug sollen 60 statt wie bisher 50 Prozent der anrechenbaren Herstellungskosten in der Schweiz anfallen. Das stärkt den Innovationsstandort Schweiz ebenso wie den Produktionsstandort.

Appenzeller Mostbröckli mit Migrationshintergrund?

Auseinander gehen die Meinungen bei den verarbeiteten Naturprodukten. Der Verband «Proviande» wirbt mit dem Slogan: «Schweizer Fleisch – alles andere ist Beilage». Er will künftig Produkte aus 100 Prozent ausländischem Fleisch mit dem Schweizerkreuz darauf anbieten dürfen. Zum Beispiel «Appenzeller Mostbröckli». Argument: Die Verarbeitung erfolge ja in der Schweiz.

Die Wirkung einer solchen Regelung wäre bei Lebensmitteln verheerend: Mit derselben verqueren Logik gäbe es dann «Schweizer Wein» aus 100 Prozent griechischen Trauben, «Schweizer Käse» aus 100 Prozent norddeutscher Milch oder ein «Schweizer Fondue», das



Schweizer Fondue: Etwas, das irgendwo in der Schweiz aus rumänischem Käse und algerischem Weisswein angerührt wurde?

drin?

irgendwo in der Schweiz aus rumänischem Käse und algerischem Weisswein angerührt wurde.

Gerechtfertigte Ausnahmen zulassen

Die Vorlage nennt auch sinnvolle Ausnahmen. Niemand erwartet, dass «Luxemburgerli» oder «Aromat» zu 100 Prozent aus Schweizer Rohstoffen hergestellt werden. Das sind hochveredelte oder sehr stark verarbeitete Produkte. Allgemeingut ist heute auch, dass es den «Glöpfer» (Cervelat) ohne ausländische Tierdärme schlicht nicht gäbe. Die Frage lautet: An was erkennt man ein «verarbeitetes Naturprodukt», das das Schweizerkreuz tragen darf?

Der Bundesrat schlägt vor: Es muss in der Schweiz produziert werden und 80 Prozent der Rohstoffe müssen aus der Schweiz stammen. Massgebend ist dabei das Gewicht. Ein Schweizer Biscuit darf also bis zu 20 Gewichtsprozent ausländische Butter, ausländischen Weizen, ausländischen Zucker und andere Rohstoffe enthalten, auch wenn es diese an sich in der Schweiz gäbe. Nicht mitgerechnet würden dabei Rohstoffe, die es in der Schweiz gar nicht gibt oder nicht in genügender Menge. Ein Teil der Nahrungsmittelindustrie schlägt aber nun vor: Der Umstand, dass ein Produkt vollständig in der Schweiz verarbeitet wurde, müsse ausreichen. Egal, welche Rohstoffe dabei eingesetzt wurden.

Gegen staatlich erlaubte Konsumententäuschung

Zuerst ist festzuhalten, dass niemand ein Unternehmen zwingt, einem Produkt ein Schweizerkreuz aufzudrucken: «Swissness» ist absolut freiwillig. Wo aber Schweiz draufsteht, soll gefälligst auch Schweiz drin sein, damit die KonsumentInnen nicht getäuscht werden. Gleichzeitig gibt es eine Grauzone, wo niemand ausschliesslich Schweizer Rohstoffe in einem Produkt erwartet. In aller Regel handelt es sich dabei um industriell gefertigte Nahrungsmittel. Dort sind Ausnahmen möglich.

Aber ein Stück Fleisch mit Schweizerkreuz drauf, ohne dass Schweizer Fleisch drin ist? Ein «Schweizer Fondue» ohne Schweizer Zutaten? Das wäre staatlich erlaubte Konsumententäuschung und der Todesstoss für die Marke «Schweiz».

Anita Fetz

Ständerätin aus dem Kanton Basel-Stadt



1. Mai in Wien: Andreas Schieder (Staatssekretär im Finanzministerium) unterstützt die FTT.

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Eine Steuer, die fast alle mögen

Am 24. April warben SozialdemokratInnen europaweit in 18 Staaten für eine globale Besteuerung der Finanzbranche. Stefan Hostettler

«Die Finanztransaktionssteuer ist eine Idee, deren Zeit gekommen ist.» Diese unmissverständliche Aussage stammt nicht von einem Attac-Aktivisten, sondern von Paul Krugman, Nobelpreisträger und einer der weltweit renommiertesten Ökonomen und Publizisten. Dass die Zeit für eine Besteuerung des Finanzsektors gekommen ist, davon sind auch die europäischen SozialdemokratInnen und die von ihnen mitgetragene Initiative «Europeans for Financial Reform» überzeugt.

Als Teil dieser Kampagne mobilisierte die Koalition von progressiven Organisationen am 24. April Tausende von AktivistInnen für einen Aktionstag für eine globale Transaktionssteuer. Die Idee ist sehr einfach und entsprechend überzeugend: Jedes Mal, wenn ein Finanzprodukt gekauft oder verkauft wird, wird ein sehr kleiner Anteil seines Preises (0,05%) als Steuer erhoben. Laut Schätzungen könnte die FTT über 500 Milliarden Euro pro Jahr einbringen.

Der Aktionstag fand simultan zur Veröffentlichung eines IWF-Berichtsentwurfes darüber statt, wie Banken damit beginnen können, den Schaden der Finanzkrise zurückzuzahlen. «Wir zeigen Europa, dass wir die Antworten auf diese Finanzkrise haben», sagte Poul Nyrup

Rasmussen, Präsident der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), anlässlich einer Podiumsdebatte in Berlin.

Für die SP war es selbstverständlich, dass auch wir uns an dieser Kampagne beteiligen:

Wird ein Finanzprodukt gekauft oder verkauft, wird ein sehr kleiner Anteil seines Preises als Steuer erhoben.

In einem offenen Brief forderte Christian Levrat Bundesrat Hans-Rudolf Merz auf, sich in den internationalen Gremien für eine Transaktionssteuer stark zu machen: «Beweisen Sie, dass auch Sie durch diese Krise zumindest die einfache Lektion gelernt haben, dass die Schweiz keine Insel ist. (...) Die SP vermisst, dass sich weder der Bundesrat noch die führenden Persönlichkeiten des Finanzplatzes in diesen gegenwärtig so wichtigen Fragen öffentlich zu Wort melden.»



stefan.hostettler@spschweiz.ch

Politischer Fachsekretär der SP-Fraktion der Bundesversammlung

ROTSTICH

Das bittere Nichtstun

Früher gab es den Hofnarren. In Jux und Tollheit gewickelt, durfte er unbequeme Wahrheit in Worte packen. Heute gibt es den Glossenschreiber.

Die SP hat die Wahlen in Bern nicht gewonnen und selbst das «Verbrösmele» der FDP zur Kleinpartei vermag kaum mehr Trost zu spenden. Als postelektorale Therapie wird nach Gründen geforscht. Einigkeit besteht, dass es nicht an der gelungenen kantonalen Kampagne gelegen haben dürfte. Immerhin. Alternativen? Flugs wird die längst verkochte Richtungsdiskussion in der innerparteilichen Mikrowelle aufgewärmt. Einmal mehr. «Zu links» sagen die einen, «zu mitig» die anderen – so oder so ermuntert vom mitteilungsbedürftigen Expertentum.

Was, wenn das Problem nicht programmatischer, sondern handwerklicher Natur war? Wo war die SP? Nein, Schuld haben nicht die bösen Medien, die uns mit Nichtbeachtung gepeinigt haben, sondern wir. Zurückgezogen im urbanen Réduit, während die beiden eineiigen Rechtsausen-Zwillinge (wovon der eine lediglich ein bisschen besser erzogen ist) jedes Garagentor, jeden Acker und jeden Heuballen mit Propaganda zugepappt haben. Und wir? Erstarrt, wie das Kaninchen vor der Schlange, während sich SVP und BDP fröhlich jauchzend zu ungeahnten Höhen aufschaukeln.

Von Beginn weg im Hinterkopf: Wir verlieren! Nicht in allen Köpfen, nein, aber in zu vielen. Ambitionen? Schwach ausgeprägt. Angst lähmt. Ein Beispiel gefällig? Ein lokales Medium verspricht ein Plätzli an der wärmenden Mediensonne. Eine Chance? Pustekuchen. Der Genosse lehnt peinlich berührt ab. Sooo ernst hat er das ja schliesslich gar nicht gemeint, mit der Kandidatur. Ein Einzelfall? Vielleicht, aber symptomatisch ist's alleweil. Wahlkampf ist anders.

Stefan Krattiger

Ein bisschen still ist es schon geworden im Zentralsekretariat: SP-Kampagnenleiter **Peter Lauener** hat per Ende April zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB)



gewechselt, wo er der Kommunikation und der Medienarbeit zu neuem Schwung verhelfen soll. Dass er das kann, hat

er bei uns eindrücklich gezeigt. Kommunizieren, das war und ist sein Job, seine Leidenschaft und das hat er auch während den vier Jahren bei der SP mit viel Begeisterung getan. Gegen innen, gegen aussen, engagiert, mit voller Überzeugung, aber immer ruhig und mit der für ihn typischen Portion Humor, nicht selten abgeschmeckt mit einer würzigen Prise Ironie. So mancher Kampagne hat er seinen Stempel aufgedrückt, zuletzt derjenigen gegen den Rentenklau. Unzählige Medienschichten hat der Dauertelefonierer «angeteigt», zig Schreibende mit bewundernswerter Hartnäckigkeit bearbeitet. Kein Wunder,

GESAGT

«Ho, ho, ho! Wenn Sie glauben, dass 91 Millionen an Vergütungen normal sind, glauben Sie wohl auch an den Samichlaus und den Osterhasen.»



JUSO-Chef **Cédric Wermuth**, als Samichlaus verkleidet, liest der CS-Spitze um CEO Brady Dougan an der Generalversammlung der Grossbank ordentlich die Leviten.

war er für viele Medien einfacher «SP-Sprecher», auch wenn auf seinem Visitenkärtchen eigentlich etwas anderes stand. Er wird fehlen – gerade auch während der anstehenden Fussball-Weltmeisterschaft. Wer «fant» jetzt so frenetisch und unbeirrbar für Holland, wenn nicht Peter?

Aber nicht nur Holland, auch der FC Winterthur verliert einen direkten Draht in die SP-Zentrale: Wie bereits im letzten «links» verkündet, übernimmt Kampagnen-Projektleiter **Nicolas Galladé** nach

acht Jahren bei der SP in der Winterthurer Regierung das Sozialdepartement – wobei seine Freunde vom FC Winterthur wohl ein bisschen enttäuscht sind, dass er nicht für den Stadionbau zuständig sein wird.

An Peters Stelle werden künftig zwei Frauen die Werbetrommel für die SP rühren: Rechtzeitig vor dem Wahlkampf 2011 übernehmen **Min Li Marti** und **Andrea Sprecher** gemeinsam die Leitung der Abteilung «Kampagnen & Kommunikation». Im Job-Sharing und

GESEHEN



Gruppenbild mit Dalai Lama: Unsere Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer und Nationalrat Mario Fehr haben das geistige Oberhaupt der Tibeterinnen und Tibeter Anfang April in Rikon getroffen.



ausgerüstet mit einem beachtlichen «Erfahrungsrucksack»: Min Li ist derzeit Kampagnenleiterin beim VPOD und wirkte zuvor auch schon als Parteisekretärin der SP Kanton Zürich. Andrea arbeitete als Kommunikationsbeauftragte in einer Sprachschule, die sie mitaufgebaut und -gegründet hatte, bevor sie an die Volkshochschule des Kantons Zürich wechselte. Sie arbeitete bereits 2006 und 2007 in der SP-Kampagnenabteilung. Aber auch als Aktiv-Politikerinnen haben sich die beiden bewährt: Andrea ist Kantonsrätin und Co-Präsidentin der SP Stadt Zürich und Min Li engagiert sich als SP-Fraktionspräsidentin des Zürcher Gemeinderats. Dass ihr Gespann harmonisiert, haben sie mit der Co-Leitung des Stadtzürcher Wahlkampfes eindrücklich bewiesen.

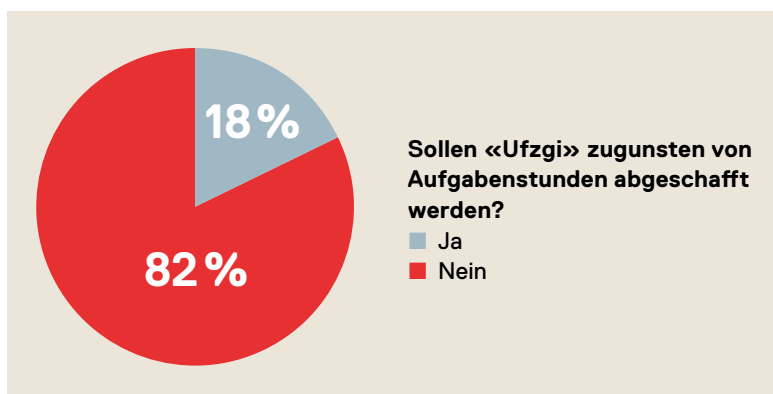
Noch gar nichts bewiesen habe hingegen Verteidigungsminister Ueli Maurer, findet SP-Nationalrat



André Daguët. Ausgiebig hat der SVPLer davon geträumt, die «beste Armee der Welt» zu schaffen. Die Schonfrist ist

längst vorbei, die Bilanz mager. Egal, ob es um den Sicherheitsbericht, die Kampfflugzeugbeschaffung, die überfällige Reduktion der Bestände, den Zivildienst oder die allgemeine Wehrpflicht geht: Die Schweizer Armee ist noch immer grotesk überrüstet und viel zu teuer. Und das ohne plausible Bedrohung durch einen konventionell organisierten Gegner. Seit Jahren will die SP nicht nur die Armee und ihre Kosten massiv reduzieren, sondern auch die allgemeine Wehrpflicht abschaffen. Das ist bis heute am Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert. Nun nimmt der Gewerkschafter gemeinsam mit Evi Allemann und einer parlamentarischen Initiative einen neuen Anlauf.

LESERINNENBRIEFE



«links» 108 – Debatte «Nie mer Ufzgi?»

Die Reaktionen zeigen: Eine grosse Mehrheit der Leserinnen und Leser kann der Idee kaum etwas abgewinnen.

▼ «Enttäuschend»

Damit politisiert die SP ein weiteres Mal total am Volk vorbei, da würde höchstens eine Minderheit dahinter stehen. Der Rest der Bevölkerung schüttelt den Kopf – zu Recht! Schade, macht sich die Linke mit solch abstrusen Ideen selber kaputt. *Roger Schmid*

▼ «Woanders lernen»

Die Petition ist zwar gut gemeint und hat sicher hehre Absichten, aber ich sehe ein grosses Defizit. Zu lernen, wie man ausserhalb der Schule lernt, wie Aufgaben erledigt werden, die nicht zwingend von einer Autoritätsperson überwacht, sondern im Nachhinein kontrolliert werden, ist ein essenzieller Teil dessen, was Schüler lernen müssen. *Pascal Lottaz*

▲ «Richtige Richtung»

Ja, die Abschaffung der Hausaufgaben wäre ein Schritt in Richtung Chancengleichheit! Ich habe eine Tochter, die die 3. Klasse besucht. Ich bin alleinerziehend. Abends kommen wir nach Hause und müssen noch Hausaufgaben machen. Dann müsste man noch lesen und das 1x1 üben. Kinder von berufstätigen Eltern sind benachteiligt. *Nadia Christen*

▼ «Selbstständigkeit fördern»

Grundsätzlich stehe ich hinter der SP-Schulpolitik, bin jedoch klar gegen die Abschaffung. Hausauf-

gaben fördern die Selbstständigkeit und sind für die Kinder gedacht, nicht für die Eltern. Die Aufträge müssen so konzipiert sein, dass jedes Kind sie alleine lösen kann. Unterschiedlich begabte Kinder sollen unterschiedliche Aufgaben erhalten. Aufgabenstunden nach der Schule sind wichtig, sollen aber freiwillig bleiben. *Rose-Marie Gygax*

▼ «Übungsmöglichkeiten»

Aus Schulsicht sind Hausaufgaben längst nicht mehr nur erweiterte Arbeitsstunden, sondern auch individuelle Übungsmöglichkeiten, Vorbereitung für kommende Lektionen und Sanktionierungsmöglichkeiten für leistungsunwillige Schülerinnen und Schüler. *Beda Gygli*

▲ «Wie in der Bibel»

Solange es Hausaufgaben gibt, sind viele Kinder von bildungsfernen Eltern ohne Chance. In Städten sind dies bis zu 60 Prozent. Schule mit Hausaufgaben funktioniert nach dem Prinzip «Wer hat, dem wird gegeben». Wie in der Bibel. *Ueli Keller*

▼ «Schlechte Erfahrungen»

Finger weg von der «genialen» Idee! 1993/94 wurden im Kanton Schwyz an den Primarschulen die Hausaufgaben abgeschafft. Das Ganze wurde vom ersten Tage an unterlaufen. Verantwortungsbewusste Eltern übten den Schulstoff zuhause mit ihren Kindern. Das Ganze erwies sich im Effekt so ziemlich als das Gegenteil von sozialer Gerechtigkeit und musste nach kurzer Zeit sang- und klanglos beerdigt werden. *Eduard Crosina*

ROTE OHREN

Während und nach den Wahlen im Kanton Bern wandten sich wiederholt (meist männliche) In-



teressierte vertrauensvoll an das Zentralsekretariat, um zu erfahren, wer denn die **holde Maid** auf dem Plakat tatsächlich sei.

Pflichtbewusst probierte man an der Spitalgasse, sich im Monbijou kundig zu machen. Die bange Frage: «Gibt es einen Parteisekretär, der dich nicht sitzen lässt?» Offenbar nicht, jedenfalls will **Daniel Furter** den Namen partout nicht rausrücken.

Durchaus lustig zu und her ging es beim Kampagnen-Ausbildungs-Anlass des SP-Nachwuchsprogramms «Junge Perspektiven»: «Freibier für alle!» wurde unter anderem unmissverständlich gefordert. Eine Idee, die zugegebenermassen nicht unbedingt mit der Volksgesundheit einhergeht, aber durchaus originelle Kampagnenideen hervorbringt. Ob «Event-Managerin» **Monika Bolliger** dann bei der «Besetzung des Feldschlösschen» ebenfalls mit von der Partie wäre, ist unklar. Die Moral von der Geschichte? Es muss ja nicht immer alles bierernst sein.

Bierernst werden, respektive um die Wurst gehen, dürfte es hingegen für den Verkaufsstand der Metzgerei Kauffmann an der Berner Spitalgasse, unmittelbar



vor dem SP-Seki. Der Transfer von Neo-Stadtrat **Nicolas Galladé** ins Exekutivamt hat weitreichende Konsequenzen: Der Absatz des Fleischerzeugnisses droht ohne den Bratwurst-Junkie einbrechen. Bleibt nur zu hoffen, dass keine Jobs gestrichen werden – das wäre dann ein denkbar schlechtes Omen für den neuen Winterthurer Sozialminister.

Gesucht: Göttis und Gotten

Wir reiben uns die Augen: Während die Armut auch in der Schweiz zunimmt, explorieren die obersten Einkommen in gewissen Branchen. Wachsende Einkommensunterschiede bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Jacqueline Fehr

Hier setzt die JUSO-Initiative an. Sie fordert, dass der Unterschied zwischen dem tiefsten und dem höchsten Lohn in einem Unternehmen nicht mehr als 1:12 betragen darf. Damit trifft die Initiative ins Herz der Gerechtigkeitsfrage.

Der Chef von Novartis, Daniel Vasella, kassierte im Jahre 2008 720-mal mehr als seine Putzfrau.

Mit anderen Worten: Für den Lohn, den der Pharma-Chef in einem einzigen Jahr verdient, müsste die Putzfrau 720 Jahre sein Büro putzen! Bei der CS wären es 434 Jahre und bei der ABB 427 Jahre. Nimmt man den Durchschnitt der 42 grössten Unternehmen in der Schweiz, klaffen die Löhne in einem Verhältnis von 1:56 auseinander.

Dieses geniale Projekt muss man unterstützen!

Dass es auch anders geht, sehen wir in der Bundesverwaltung. Der Lohnunterschied zwischen einer Putzfrau

und einem Bundesrat ist rund 1:8 und liegt damit locker im Rahmen dessen, was die JUSO mit ihrer 1:12-Initiative fordert.

Die Juso-Initiative überzeugt: Sie schafft Gerechtigkeit bei den Löhnen und leistet damit einen entscheidenden Beitrag an den sozialen Frieden in der Schweiz. Sie begrenzt die Gier und sichert gleichzeitig, dass auch die untersten Löhne zum Leben reichen. Ein derart geniales Projekt muss man einfach unterstützen! Mit vollem Herzen und mit einer Patenschaft. Als Gotte der Initiative lade ich alle herzlich ein, es mir gleichzutun.

Werde jetzt Götti oder Gotte:
www.spschweiz.ch/gottegoetti



jacqueline.fehr@parl.ch
Nationalrätin
und Vizepräsidentin
der SP Schweiz

Anstoss

Die FIFA rechnet bei der WM in Südafrika mit zwei Milliarden Franken Gewinn – während die Menschen in Südafrika leer ausgehen. Zeigen Sie Sepp Blatter die gelbe Karte und unterschreiben Sie die Petition gegen Ausbeutung bei der Fussball-Weltmeisterschaft: www.anstoss-südafrika.ch

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH

24. Mai
MenschenStrom gegen Atom
 in Aarau/Däniken (siehe Seite 13)

28. Mai
Koordinationskonferenz der SP Schweiz in Frauenfeld



29. Mai
Delegiertenversammlung der SP Schweiz im Casino Frauenfeld

28. August, 11.30 Uhr
Frauenkoordination KoFa

31. Oktober
Ordentlicher Parteitag der SP Schweiz in Lausanne

IMPRESSUM

Herausgeber
 SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
 Fax 031 329 69 70
 Erscheint 9 Mal pro Jahr

Auflage 43 310 (Wemf)

Abonnementspreise
 Für Mitglieder der SP Schweiz gratis

Adressänderungen/Abos
 linksabo@spschweiz.ch

Redaktion
 Stefan Krattiger (Chefredaktion), Barbara Berger (SP-Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Dieter Wüthrich (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Daniel Furter (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Pascal Ludin (SP Kanton Luzern), Susanne Oberholzer (SP Kanton Thurgau), Leyla Gül (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion
 stefan.krattiger@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept
 muellerluetolf.ch

Produktion
 Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck
 Ringier Print Adligenswil AG
 Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen
 Kretz AG, Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, 8712 Stäfa
 Telefon 044 928 35 60, Fax 044 928 56 00
 sylvia.seemann@kretzag.ch, www.kretzag.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3.5.
 Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 7.6.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

B2.1.1001

Aufbruch in Lateinamerika: Was können Schweizer Linke davon lernen?

In den 90er-Jahren noch Experimentierfeld eines ungezügelt Neoliberalismus, sind in Lateinamerika heute linke Politikerinnen und Politiker am Werk. So verschieden diese sind, ihr gemeinsamer Nenner ist der Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus.

Während wir in der Schweiz noch munter privatisieren, verstaatlicht Bolivien – im Hinterhof der Weltmacht USA – Gas und Erdöl.

An unserer Tagung erläutern und diskutieren wir die jüngsten politischen Entwicklungen in einigen ausgewählten Staaten Lateinamerikas und deren Bestrebungen nach Alternativen zum herrschenden Wirtschaftsprinzip. Im Mittelpunkt stehen zudem die sozialen und indigenen Bewegungen und ihre Beziehungen zu den progressiven Regierungen.

Referenten: Sergio Ferrari (come-dia), Barbara Rimml (Unia), Beat Wehrle (e-changer), VertreterIn Solifonds

Die Tagung findet am Freitag, 4. Juni 2010 in Bern statt wird deutsch/französisch simultan übersetzt.

Die Kosten werden für Gewerkschaftsmitglieder meistens von ihren Gewerkschaften getragen. Mit Ihrer Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren Sie unverzüglich.

SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.–. Weiter kann bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

Anmeldung:
 online www.movendo.ch
 Mail info@movendo.ch,
 Tel. 031 370 00 70
 Fax 031 370 00 71

Zynischer Angriff



Anne-Marie Rey
 Ehemalige Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung für Strafflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs und Autorin des Buches «Die Erzengel-macherin – das 30-jährige Ringen um die Fristenregelung»

1981 wurde die Leistungspflicht bei Schwangerschaftsabbruch im Krankenversicherungsgesetz verankert und damit ein unhaltbarer Zustand beendet: Einige Kassen bezahlten den Eingriff, andere nicht und auf dem unregulierten «Markt» wurden oft Wucherpreise verlangt. Die Leistungspflicht wurde zweimal an der Urne bestätigt: 1994 mit der Zustimmung zum revidierten KVG und 2002 mit 72 Prozent Ja zur Fristenregelung, welche die Kostenübernahme des Eingriffs explizit fest schrieb. Darauf will jetzt eine Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» zurückkommen.

Dahinter steckt der Verein «Mamma» (früher «Schweizerische Hilfe für Mutter und Kind» SHMK). Er kämpfte 2002 für ein totales Abtreibungsverbot und gegen die Fristenregelung. Im Initiativkomitee sitzen – neben vorwiegend katholisch- und evangelikal-konservativen Abtreibungsgegnern – der Präsident und zwei weitere Exponenten des Vereins. Die Adresse des Komitees befindet sich am selben Ort wie diejenige von «Mamma». Die Anti-Abtreibungsorganisation «Ja zum Leben» bezeichnet den Verein «Mamma» als «federführende Organisation» – und tut sich schwer mit der Initiative, weil sie die Bezahlung durch die Kassen «in seltenen Ausnahmen» noch zulassen will.

Die von den Initianten vorgeschobenen Argumente, man bezwecke eine Kostensenkung im Gesundheitswesen und die Reduktion der Abtreibungszahlen, lösen sich bei näherem Hinsehen in Luft auf. Vielmehr handelt es sich um den Versuch, in Anlehnung an die Taktik der US-Abtreibungsgegner das Recht auf Selbstentscheid beim Schwangerschaftsabbruch in kleinen Stücken zu beschneiden, wenn es angesichts der breiten Zustimmung in der Bevölkerung nicht direkt angegriffen werden kann. Was bleibt, ist pure ideologische Zwängerei auf dem Buckel der schwächsten Bevölkerungsgruppen: der mittellosen Jungen, Arbeitslosen und Migrantinnen. Und Zynismus. «Die Initiative stoppt den finanziellen Anreiz durch die Krankenversicherung, Schwangerschaften abubrechen.» Mir ist keine Frau begegnet, die für einen Abbruch einen Bonus kassiert. Fakt ist: Die Initiative ist ein gefährlicher Angriff auf das Solidaritätsprinzip der Krankenversicherung.

➔ Mehr dazu auf www.svss-uspda.ch



WAS, WENN JEDER SCHLUCK LEBENSGEFÄHRLICH IST?

Fast eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Mit jedem Schluck drohen ihnen Cholera, Typhus und andere tödliche Krankheiten. Helvetas baut sichere Brunnen und stoppt die Wassernot. Helfen Sie mit.



PC 80-3130-4 www.helvetas.ch



HELVETAS

Handeln für eine bessere Welt